



Sicherheit gewährleisten – Ausreichend Polizei und Feuerwehr

Vornehmste Aufgabe des Staates ist es die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. In Bremen lässt der rot-grüne Senat stattdessen offenbar jede realistische Wahrnehmung vermissen. Bremen kommt seiner Aufgabe innere Sicherheit zu gewährleisten nicht nach. Selbst der dramatische Anstieg von Raub- und Einbruchsdelikten hat nicht etwa zu einer Verstärkung der Polizei. Der rot-grüne Senat nutzt Polizei und Feuerwehr als Sparkasse und verweigert sich, zumindest die Minimalzahl an Stellen zu schaffen beziehungsweise zu besetzen. Eine Reduzierung der Personalstärke von Polizei und Feuerwehr hat stattgefunden.

Mit der aktuellen Personalstärke können nicht mehr alle Aufgabenfelder der Polizei gewissenhaft gewährleistet werden. Die Feuerwehr erreicht Einsatzorte zu spät oder mit unzureichender Mannschaftsstärke, insbesondere in den Randlagen.

Die Bremer FDP fordert den Senat auf, zumindest 2.600 Vollzeitstellen bei der Bremer Polizei zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass Bremerhaven 450 Polizisten beschäftigen kann. Die FDP fordert, die Ausbildungskapazität darauf auszurichten, dass die Zielzahl in den nächsten fünf Jahren erreicht wird.

Es ist kurzfristig zu prüfen, ob im Sinne einer aus liberaler Sicht effektiveren Kriminalitätsbekämpfung und Prävention der zentrale Einsatzdienst und die Inspektionen ganz oder teilweise zugunsten einer dezentralen Struktur mit starken Vollzeitreviere wieder aufgelöst werden. Ziel der Maßnahmen muss es sein, wieder mehr Bürgernähe zu erreichen. Dadurch soll erreicht werden, dass die Polizisten über bessere Ortskenntnisse und mehr Insiderwissen verfügen, als sie es bei der derzeitigen Organisationsstruktur können. Dazu soll an den in der Stadtgemeinde Bremen künftig weiter bestehenden Vollzeitreviere neben dem Ermittlungsdienst, dem für das Gebiet zuständigen Kontaktbereichsdienst, die Jugend- und Seniorensachbearbeitung angesiedelt werden. Diesen Vollzeitreviere werden die benachbarten im Zuständigkeitsbereich liegenden Kontaktbereichsdienststellen zugeordnet. Es ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Verkehrsunfalldienst in die Arbeit der künftigen Vollzeitreviere mit einbezogen werden kann. Bei dieser Umorganisation der Polizeiarbeit in der Stadtgemeinde Bremen stellt sich die Frage nach der weiteren Notwendigkeit der jetzigen Polizeiinspektionen. Hier ist aus Sicht der FDP zu prüfen, ob nicht auch diese zugunsten effektiver, dezentraler Arbeit vor Ort wieder aufgelöst werden

Mit den Plänen, die Freie Heilfürsorge durch Eigenbeteiligung zu finanzieren, verletzt der Senat eklatant die ihm gesetzlich auferlegte Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten und ihren Familien. Es wird bewusst verschwiegen, dass die Beamten durch Anwartschaften und separaten Versicherungen ihrer Familien, längst einen großen Anteil zur Gesundheitsvorsorge leisten müssen. Die Realität ist geradezu grotesk. Auf der einen Seite werden die Beamten durch den vom Senat zu verantwortenden Personalmangel und zunehmender Gewalt großen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt, während der Senat sich auf der anderen Seite seinen gesetzlichen Verpflichtungen durch die beabsichtigte Eigenbeteiligung entzieht. Das ist genau das Gegenteil von Fürsorge. Eine derartige unsoziale Haltung wird von der FDP auf das Schärfste verurteilt.